

THÜR. LANDTAG POST
18.08.2021 08:22

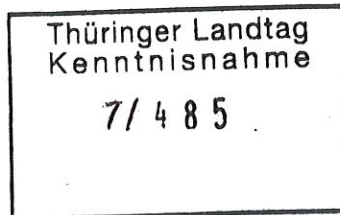
2076412021

Den Mitgliedern des

APLR

Thüringer Landtag
7. Wahlperiode

Erfurt, 18.08.2021



Thüringer Verordnung

zur Regelung infektionsschutzrechtlicher Maßnahmen und schrittweisen weiteren

Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2

(Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Maßnahmenverordnung

-ThürSARS-CoV-2-IfS-MaßnVO-)

In den letzten Wochen steigt die Zahl der COVID-19 -Neuinfektionen stärker an, als im gleichen Zeitraum vor einem Jahr. Die pandemische Lage spitzt sich bundesweit zu. Auch wenn die Inzidenzwerte in Thüringen im Moment noch verhältnismäßig niedrig sind - müssen wir von einem Anstieg auch im Freistaat ausgehen und entsprechende Maßnahmen vorbereiten und umsetzen. Dennoch nehmen wir zur Kenntnis, dass in Thüringen inzwischen über 50 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft und etwa 60 Prozent mit der Erstimpfung versorgt sind.

Die Sicherstellung der ambulanten und stationären Pflege, das gemeinsame Ziel aller Akteur:innen, Schulschließungen in den vor uns liegenden Monaten zu vermeiden sowie Kinderbetreuungen müssen im Hinblick auf eine weitgefaste, generationsübergreifende, familiäre Fürsorgepflicht an oberster Stelle stehen.

Wir halten auch weiterhin die AHAL-Regeln als festen Bestandteil der Corona-Schutzmaßnahmen für unerlässlich. Es wird begrüßt, dass ein Frühwarnsystem eingeschaltet wird, um das Infektionsgeschehen auf kommunaler Ebene besser zu kontrollieren und damit einzudämmen.

Da Testen weiter eine wichtige Säule der Corona-Schutzmaßnahmen darstellt, befürworten wir insbesondere für vulnerable Gruppen wie zum Beispiel in medizinischen-, Behinderten- und Pflegeeinrichtungen sowie Bildungseinrichtungen weiterhin Testangebote kostenlos zum Schutz anzubieten.



Wir erwarten insbesondere für das Corona-Pandemie-Geschehen der kommenden Monate einen transparenten Stufenplan mit klaren Schutzkonzepten nicht nur in Bildungsbereichen und medizinischen Bereichen, sondern für das Alltagsleben der Bevölkerung und die Wirtschaft.

Wir bitten die Landesregierung im Rahmen des parlamentarischen Beteiligungsverfahrens folgende Punkte bei der Anpassung der Verordnungslage zur Eindämmung der Pandemie zu berücksichtigen:

1. Wir begrüßen die verstärkte Impfkampagne der Landesregierung sowie den Ausbau niedrigschwelliger Impfangebote, die auch für die nächsten Wochen die absolute Priorität im Kampf gegen die Pandemie sind. Mit größten Anstrengungen muss die Ausbreitung des Virus durch eine größtmögliche Impfquote reduziert werden. Die Durchführung der Familienimpftage ist ein erster guter Schritt. Im Nachgang müssen solche Angebote verstetigt und ausgeweitet werden. Impfmöglichkeiten müssen vermehrt bei den Menschen vor Ort angeboten werden, z. B. vor Einkaufszentren, in Stadtteil- und Dorfzentren oder an beliebten Ausflugsorten.
Die neue Empfehlung der STIKO, dass Kinder ab 12 Jahre geimpft werden sollen, begrüßen wir auch nachdrücklich. Wir erwarten, dass es Bestandteil der Impfkampagne ist.
2. Die Impfung ist weiterhin der wirksamste Schutz gegen das Virus. Ziel muss es daher außerdem sein mithilfe der oben genannten Maßnahmen eine höhere Impfquote zu erlangen. Zum Schutz der Thüringer:innen müssen ebenfalls Regelungen und Maßnahmen benannt werden, die einen möglichen Umgang mit Nicht-Geimpften formuliert. Dabei muss klar zwischen freiwillig Nicht-Geimpften und Menschen unterschieden werden, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht impfen lassen können.
3. Um die Auswirkungen der gelockerten Eindämmungsmaßnahmen sowie der zu erwartenden Reisebewegung der Reiserückkehrer:innen auf das Infektionsgeschehen zu erfassen, muss weiterhin getestet werden. Nur so kann ein geändertes Infektionsgeschehen rechtzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen zur Kontrolle der Pandemie umgesetzt werden.

Wir sprechen uns entgegen der in der ThürSARS-CoV-2-KIJuSSp-VO vom 23. Juli 2021 zu Grunde gelegten grundsätzlichen Freiwilligkeit für eine Testpflicht zweimal pro Woche in den ersten beiden Wochen nach Schulbeginn für alle Lehrkräfte und Schüler:innen aus, sowie das Personal in Kindertagesstätten und Tagespflege, wie sie auch in den meisten anderen Bundesländern praktiziert wird. Diese muss mindestens die ersten beiden Schulwochen sichergestellt werden. Die Lage muss dann kontinuierlich neu bewertet werden.

Entsprechende Vorgaben braucht es auch für die Wirtschaft. Zum Schutz für Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen braucht es verpflichtende Tests auch in Unternehmen. Nur so können Infektionen erkannt und damit frühzeitig eingedämmt werden.

Selbsttest sind aus unserer Sicht kein adäquater Ersatz für durch geschultes Personal durchgeführte Testungen und können nicht als Zugangsvoraussetzungen im Sinne der 3G-Regelung gelten.

Die Stellungnahme zur vorangegangenen Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Maßnahmenverordnung hat in Ihrer Gültigkeit nichts verloren und wir verweisen ergänzend auf die darin gemachten Forderungen und Hinweise.

Wir möchten an dieser Stelle auch unsere Bitte in Bezug auf Internate und Wohnheime erneuern, verbindliche Regelungen zur Einhaltung von Infektionsschutzmaßnahmen insbesondere durch Einzelunterbringung von Schüler:innen, Nutzung von Gruppenräumen und Arbeit in festen Gruppen am Vor- und Nachmittag zu schaffen und im Stufenplan angemessen zu berücksichtigen.

Wir appellieren an die Schulträger, die im Haushalt bereitgestellten Mittel für den Einsatz von Luftfiltern und CO2-Ampeln zu nutzen und schnellstmöglich Vorsorge zu treffen, damit die Schulen auf die kalte Jahreszeit vorbereitet sind und präventive Vorkehrungen möglichst Wirkung zeigen.

Impfungen schützen die Geimpften vor schweren Verläufen, aber sie verhindern nicht die Weiterverbreitung. Da noch immer die Hälfte der Thüringer:innen nicht vollständig geimpft ist, sind die vorangestellten Maßnahmen noch immer verhältnismäßig und geeignet, die Bevölkerung zu schützen.

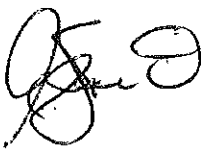
Insgesamt muss festgestellt werden: die Pandemie ist nicht vorbei, die Gefahr ist nicht gebannt. Die dynamische und aggressive Verbreitung der Delta-Variante des Virus droht in den nächsten Wochen und Monaten die pandemische Lage zu verschlechtern.

Für die Fraktionen:

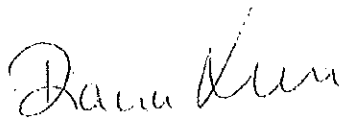
DIE LINKE

SPD

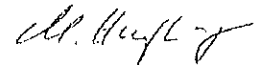
Bündnis 90/Die Grünen



Blechschmidt



Lehmann



Henfling